



Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Woche wählten wir im Deutschen Bundestag Angela Merkel erneut zur Bundeskanzlerin.

Gleichzeitig erhielten auch die neuen Ministerinnen und Minister vom Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier ihre Ernennungsurkunden.

Auch wenn der Weg hin zur Bildung dieser Regierung alles andere als einfach war, ist es gut, dass wir nun endlich eine stabile und funktionierende Bundes-

regierung haben.

Mit der Überschrift des Koalitionsvertrages werden die Ziele für diese Legislaturperiode genannt.

Wir wollen einen neuen Aufbruch für Europa, eine neue Dynamik für Deutschland und einen neuen Zusammenhalt für unser Land schaffen.

Mit einer guten Mischung aus neuen Gesichtern und Erfahrungen wollen wir in der Gro-

ßen Koalition unser eigenes Profil deutlich hervorheben.

Nun heißt es Verantwortung zu übernehmen und dafür zu sorgen, dass Deutschland in Zukunft in der Weltspitze bleibt.

Herzliche Grüße

Ihr

Diese Woche:

Regierung gebildet: Kanzlerin und Minister vereidigt

2

Der Solidaritätszuschlag erfüllt nicht mehr seinen eigentlichen Zweck

3

Verlängerung der Bundeswehreinräte im Ausland

4



Regierung

Ein Koalitionsvertrag für die Mitte der Gesellschaft

Die Partei- und Fraktionsspitzen von Union und SPD unterzeichneten am Montag in Berlin den Anfang des Jahres ausgehandelten Koalitionsvertrag. Angela Merkel, Horst Seehofer und Olaf Scholz zeigten sich mit dem Verhandlungsergebnis sichtlich zufrieden und stellten die positiven Inhalte und Impulse für das Land heraus.

Seehofer erklärte im Zuge einer kleinen Feierstunde im Paul-Löbe-Haus zudem, dass es sich um einen Koali-



Foto: Tobias Koch

tionsvertrag für die „kleinen Leute“ handeln. Des Weiteren komme es jetzt darauf an, dass der Vertrag im richtigen Geist umgesetzt werde und dies auch zeitnah.

Nach den monatelangen Verhandlungen erwarten die Deutschen nun eine effiziente Umsetzung des Koalitionsvertrages. CSU-Chef Seehofer stellte zudem fest, dass die Vereinbarungen zwischen CDU, CSU und SPD eine soziale Verantwortung für die Gesellschaft spiegelten, wie kaum ein anderer Koalitionsvertrag zuvor.

Den Koalitionsvertrag in voller Länge finden Sie hier: www.cducusu.de

Regierung gebildet: Kanzlerin und Minister vereidigt

In geheimer Wahl wurde Angela Merkel mit 364 Stimmen zur Bundeskanzlerin wiedergewählt, sie erhielt somit die erforderliche Kanzlermehrheit. Nach der Wahl übergab Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier der alten und neuen Kanzlerin ihre Ernennungsurkunde.

Anschließend wurde sie im Parlament vereidigt.

„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des

Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“ – leistete Merkel ihren Eid auf die Verfassung der



Foto: Deutscher Bundestag/ Achim Melde

Bundesrepublik Deutschland.

Danach wurden die 15 Ministerinnen und Minister der neuen Bundesregierung im Bundestag vereidigt. Auch sie

bekamen zuvor vom Bundespräsidenten ihre Ernennungsurkunden. Die CSU schickt drei Minister ins Kabinett: CSU-Chef Horst Seehofer wird Innenminister mit der zusätzlichen Zuständigkeit für Bauen und Heimat. In seinem Amt bleibt der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Gerd Müller. Und Andreas Scheuer wird Minister für Ver-

kehr und digitale Infrastruktur. Staatsministerin für Digitales im Kanzleramt ist Dorothee Bär.

Finanzen

Der Solidaritätszuschlag erfüllt nicht mehr seinen eigentlichen Zweck

Der Solidaritätszuschlag soll abgeschafft werden. Rund 90 Prozent derjenigen Bürger, die den Soli zahlen, werden künftig entlastet - im Umfang von zehn Milliarden Euro. Was darüber hinaus noch geplant ist, um Familien und Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen zu entlasten, erklärt Alois Rainer im Interview.

Herr Rainer, warum ist es grundsätzlich richtig, den Solidaritätszuschlag auslaufen zu lassen und was sieht der Koalitionsvertrag hierzu vor?

Wir fordern seit langem eine konsequente und komplette Abschaffung des

Solidaritätszuschlags. Nach nun mehr 25 Jahren nach der Wiedervereinigung erfüllt der Solidaritätszuschlag nicht mehr seinen eigentlichen Zweck. Im Koalitionsvertrag haben wir daher festgehalten, dass dieser schrittweise abgeschafft wird und ab dem Jahr 2021 mit einem deutlichen ersten Schritt im Umfang von zehn Milliarden Euro beginnt. Damit sollen zunächst rund 90 Prozent aller

Zahler des Solidaritätszuschlags entlastet werden. Unser Ziel muss es sein, den Soli möglichst schnell komplett abzuschaffen.

Warum ist aber die schrittweise Abschaffung der bessere Weg?

Es ist wichtig, dass wir mit einer so-

finanziert werden, wie zum Beispiel Investitionen in die Infrastruktur oder auch in die Bildung. Und wenn wir die Bund-Länder-Reform ab 2021 betrachten, dann fehlen weitere 12 Milliarden Euro für den Bundeshaushalt.

Was ist darüber hinaus noch geplant, um Familien und Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen zu entlasten?

Es ist geplant, Familien mit 300 Euro mehr Kindergeld pro Kind im Jahr zu unterstützen. Flankierend dazu soll eine entsprechende Erhöhung des Kinderfreibetrages erfol-

gen. Mit dem Baukindergeld von 1.200 Euro pro Kind sollen gerade Familien einen Zuschuss für den Ersterwerb oder Neubau von Immobilien erhalten. Auch wollen wir Eltern bei den Kitagebühren entlasten und die Länder und Kommunen beim Kitausbau weiterhin unterstützen. Hierfür sind bis 2021 insgesamt etwa 3,5 Milliarden Euro eingeplant.



fortigen Abschaffung des Solis auch die finanziellen Spielräume nicht außer Acht lassen. Daher wollen wir zunächst eine schrittweise Reduzierung des Solidaritätszuschlags, die haushaltsverträglich und mit der Finanzplanung des Bundes übereinkommt. Eines darf dabei nicht vergessen werden, dass von den etwa 20 Milliarden Euro Solidaritätszuschlag auch viele wichtige Projekte

Verteidigung

Bundeswehreinsätze im Ausland

Am vergangenen Mittwoch stimmte das Bundeskabinett der Verlängerung von sechs Bundeswehreinsätzen zu, an denen derzeit rund 2.600 Soldaten teilnehmen. Nun haben die Abgeordneten am Donnerstag und Freitag über fünf Mandate beraten. Sie waren im Dezember 2017 übergangsweise verlängert worden und laufen in den kommenden Wochen aus.

Anti-IS-Einsatz im Irak mit neuem Schwerpunkt

Das Mandat zum Anti-IS-Einsatz im Irak sieht einige Anpassungen vor: Die Unterstützung der internationalen Anti-IS-Koalition im Kampf gegen die Terroristen des sogenannten Islamischen Staates (IS) wird fortgesetzt und mit dem Mandat zur Peshmerga-Ausbildung im Nord-Irak zusammengelegt. Die Mandatsobergrenze wurde dabei von 1.350 auf 800 Soldaten reduziert. „Der Kampf gegen den IS ist noch nicht gewonnen. Er hat sich nur verändert“ so Reinhard Brandl (CSU). Er berichtete in seiner Rede im Bundestag von 66 Terroranschlägen des IS allein in diesem Jahr. „Diese veränderte Bedrohungslage erfordert auch eine Verände-

rung in der Schwerpunktsetzung des Mandats“, so Brandl. Der neue Schwerpunkt liegt auf der Ausbildung von Sicherheitskräften der irakischen Zentralregierung vor Ort.

Die deutsche Beteiligung an der Mission konzentriert sich auf die Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte. Mit der Erhöhung der

Bundeswehreinsätze werden verlängert

Das Bundeskabinett hat die Verlängerung dieser Auslandseinsätze beschlossen. Die Zustimmung des Bundestags gilt als sicher.

Soldaten: **aktuelle Mandatsobergrenze** **neue Mandatsobergrenze**

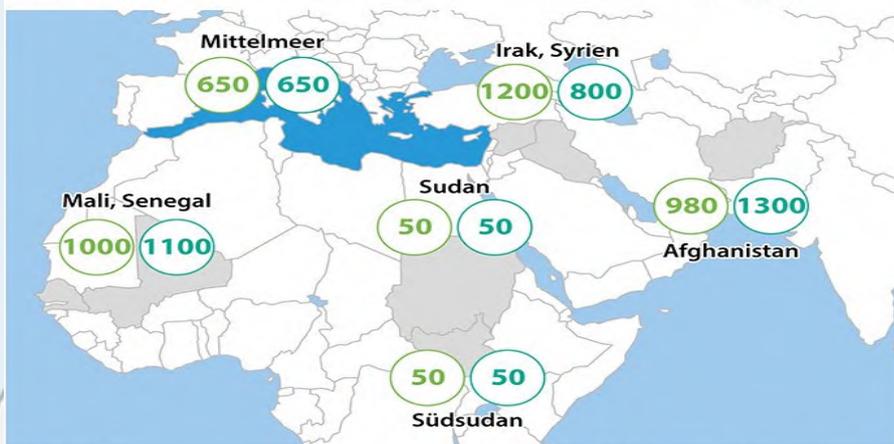


Foto: Bundeswehr/Bundesregierung

Afghanistan: Ausbildungs- und Beratungsmission fortgesetzt

Aufgrund der schlechten Sicherheitslage wird die Ausbildungs- und Beratungsmission „Resolute Support“ in Afghanistan fortgesetzt. Deswegen wird der Mandatsrahmen von 980 auf 1.300 Soldaten erhöht. Aktuell eingesetzt sind 987. „Der Aufbau einer Armee inklusive der Ausbildung der dafür notwendigen Führungskräfte ist ein Prozess von Jahrzehnten“, machte Reinhard Brandl klar. In seiner Rede im Bundestag wies er darauf hin, dass es ohne Sicherheit keine Entwicklung gebe. Für die Sicherheit müssen vor Ort neue Kräfte ausgebildet werden.

Obergrenze bekennt sich Deutschland zum gemeinsamen

Verlängerung von UNMISS, UNAMID und Sea Guardian

An den beiden UN-Friedensmissionen im Südsudan und in Darfur soll sich die

Bundeswehr weiterhin mit je bis zu 50 Soldaten beteiligen. Derzeit sind es zusammen ca. 20.

„Das Hauptaugenmerk von UNMISS liegt auf der Zivilbevölkerung“, erklärte der neue Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesministerium für Verteidigung, Thomas Silberhorn (CSU). Sieben der zwölf Millionen Einwohner sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. UNMISS hilft, die Zivilbevölkerung zu schützen. Mit der UN-Mission UNAMID soll die Umsetzung des Doha-Friedensabkommens von 2011 weiter unterstützt und die Sicherheitslage in Darfur sowie die humanitäre Situation der Binnenflüchtlinge verbessert werden.